

# Volkswacht

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen  
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition:  
Danzig, Paradiesgasse 32.

Telephon: Redaktion 8798,  
Expedition 8290.

Nr. 174

Donnerstag, den 31. Juli 1919

10. Jahrgang

## Ein Milliarden Diebstahl.

Endlich plant die Regierung, den Braunkohlenbergbau zu sozialisieren. Man kann als sicher annehmen, daß das private Ausbeutungsrecht im Braunkohlenbergbau innerhalb kurzer Frist aufgehoben wird, zu existieren. Damit wird ein kapitalistisches Monopol beseitigt, das zurzeit wie kein zweites Monopol auf die Ausplünderung des Volkes eingestuft ist.

In Mitteldeutschland kostet heute der Zentner Braunkohlenbrückens 4,20 Mk.; das ergibt für die Tonne 84 Mk. Andere Kohlenarten schwanken zwischen 2 und 8 Mk. pro Zentner im Kleinhandelspreis. Als Wert aber kostet die Tonne Braunkohlenbrückens einschließlich 25 Prozent Kohlensteuer heute nur 60 Mk. Wir finden den Händleraufschlag mit 34 Mk. pro Tonne ganz ungeheuerlich hoch. Er war im Frieden (bei ungefähre der gleichen Umschmelzung) nur etwa das Vierfache niedriger. Rechnen wir in den Händleraufschlag für die Tonne 5 Mk. Fracht aus den benachbarten Braunkohlenbezirken in die mitteldeutschen Städte, so ergibt sich für die ersten vier Monate dieses Jahres bei einer Gesamtförderung von 28 Millionen Tonnen Braunkohle ein Händleraufschlag in Höhe von 812 Millionen Mark, aus Jahr umgerechnet von 2 Milliarden Mark. Wenn nun auch ein großer Teil der Förderung den direkten Weg vom Berg in die Industrie findet, so sind die Handelsgewinne immer noch aufreißend genug. Diese Organisation des kommunalen Bezugs würde dem Volk viele Hunderte von Millionen Mark sparen.

zugrundelegen, so erhielten wir über sechs Milliarden Mark Verkaufswert. Wir werden aber der Wirklichkeit viel näher kommen, wenn wir nur 60 Prozent der Förderung zum Kleinverkaufspreis um 40 Prozent niedrigeren Großverkaufspreis rechnen. Bringen wir billigerweise auch 80 Prozent für Kohlensteuer und Frachten usw. vom Verkaufspreis in Abzug. Dann erhalten wir für 42 Millionen Tonnen, die im Kleinhandel umgesetzt werden, einen Nettoverkaufswert von 2171 Millionen Mark, für die 42 Millionen Tonnen im Großhandel abgehenden 1180 Millionen Mark, zusammen also einen Netto-Verkaufspreis von 3351 Millionen Mark, dem nur 798 Millionen Mark Lohn und sonstige Gesehenskosten gegenüber stehen. Mit über 2½ Milliarden Mark ist also das deutsche Volk und seine Wirtschaft den Werkbesitzern und dem Braunkohlenhandel tributpflichtig! Man kann danach schon verstehen, daß diese kapitalistischen Gläubiger nichts wissen wollen weder von der Planwirtschaft Willems noch von den Sozialisierungsabsichten des Kabinetts Damer. Sie halten die von ihnen betriebene kapitalistische Planwirtschaft für die beste, weil sie die einkräftigste ist.

Die Volksozialisierung des Braunkohlenbergbaues rettet Reich und Volk Milliarden, ermöglicht die Verbesserung der Wohnfrage, fördert den Arbeitergenüßigere Arbeitsbedingungen, weckt ihre Arbeitsfreude und wirkt dadurch produktionsfördernd. Soll das Volk aber völlig gelingen, so muß die Kommunalisierung des Bezuges Hand in Hand gehen mit der Sozialisierung der Produktion. Die Kohle verarbeitende Industrie kann gar keine berechtigten Einwendungen erheben, wenn sie durch die Sozialisierung der Braunkohle von einer schmerzlichen Fessel befreit wird.

des Friedensvertrages durch die deutschen Sozialisten erklärte Fromagnot, daß er die Ansicht vertritt, daß juristisch gegen die Ratifizierung durch die Nationalversammlung alles nichts einzuwenden sei. Die Rechte des Reiches seien für vollkommen genügend anerkannt worden. Wilson sagte, weder Amerika, noch England hätten Verpflichtungen betr. das linke Rheingebiet übernommen, noch sei das linke Frankreich verprochen worden. Wilson sagte, Deutschland könne zwar mit Zweidrittel-Mehrheit in den Völkern aufgenommen werden, der Völkerverbund könne aber nur einstimmig erklären, daß es genügende moralische Garantien gegeben habe, um aufgenommen zu werden. Ueber die internationale Arbeiterorganisation äußerte sich der Bundesminister Wollard. Nach seiner Ansicht würde Deutschland automatisch am 20. Oktober, dem Datum des Zusammentritts des Kongresses von Washington, in diese Organisation eintreten. Diese Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu tun. Nach verschiedenen Preisänderungen beabsichtigen die Mitglieder des Friedensvertrages erst zu ratifizieren, nachdem der amerikanische Senat sein Votum abgegeben habe. Das würde ein Hinausschieben bis Oktober bedeuten. Die Unterschriften der europäischen Mächte könnten leicht durch den amerikanischen Senat wertlos gemacht werden. Einzelne Blätter glauben, daß dieser Antrag deshalb erfolge, weil man den Termin der Verhandlungen zur Kammer hinausschieben wolle. Dagegen wendet sich „Echo de Paris“ und erklärt, daß Wahlinteresse dürfe nicht den nationalen Interessen übergeordnet sein. Das die Frage übrigens von einiger Bedeutung ist, geht aus einem Leitartikel von St. Brice im „Journal“ hervor.

Frank Jurey, ferner ein Vorarbeiter namens Martinovics und der Sohn eines Meisters Gollwitzer Babilaus Geyss zum Tode durch den Strang verurteilt. Diese Hinrichtungen wurden auch vollzogen. Am folgenden Tage, dem 28. Juni, hörten die Stützungen auf. Doch geschah dies nicht aus eigener Initiative der Regierung, sondern das Nachgeben der Kommunisten war lediglich nur eine Folge jener zweiten, sehr energischen Note, die der Kommandant der italienischen Militärmission, Oberleutnant Romagnoli, an Bela Kun richtete und in der er sich mit heftigen Worten gegen die Hinrichtungen aussprach. Die kommunistische ungarische Regierung hat die Hinrichtungen ihrer politischen Gegner nur auf Befehl der kapitalistischen italienischen Regierung eingestuft.

### Schandtaten.

Vor acht Tagen kehrte der bisherige bayerische Gesandte in der Schweiz, Prof. Förster in München, von seinem diplomatischen Posten zurück und er übergibt nun der deutschen Öffentlichkeit eine kleine, äußerlich unansehnliche Broschüre, die den Wert eines geschichtlichen Dokumentes repräsentiert. In knappen, erschütternden Worten stellt sie die Auszüge aus französischen Berichten über die deutsche Kriegsführung dar, die vom menschlichen und völkerrechtlichen Standpunkt aus die denkbar schwersten Anklagen gegen die deutsche Kriegsführung enthalten. Wohlgerichtet: gegen die deutsche Kriegsführung, nicht gegen die deutschen Soldaten, nicht gegen das deutsche Volk, das ja nur ein Instrument in der Hand weniger allgemaltiger Militärschäufel war. Wir lesen da über die belgischen und französischen Entführungen von Zivilpersonen in einem Bericht von Müller-Professoren, über die Wegführung Müller-Mädchen und Frauen schildert:

### Unsere Kohlenversorgung.

Wie die „Vol. Parlament, Nachrichten“ aus Weimar erfahren, fand gestern eine wichtige Kabinettsitzung statt, die sich mit den Maßnahmen für die Kohlenversorgung beschäftigte. Die veranlaßt, hat die aus Versailles zurückgekehrte Kommission zur Beratung der Fragen der deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich sich von Berlin nach Weimar begeben und dort die Reichsregierung über den Stand der Verhandlungen unterrichtet. Zwischen allen Beteiligten herrscht Klarheit darüber, daß die Durchführung der Friedensbedingungen, besonders der Kohlenlieferungen Deutschlands im nächsten Winter in eine denkbar schlechte Lage versetzt wird. Indessen ging die Meinung dahin, daß energisch durchgegriffen werden müsse, um den Forderungen, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt, zu genügen. Am 28. Juli hat sich die Kommission nach Versailles zurückbegeben. Da zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft die wichtigste Vorbereitung, die Erhöhung der Kohlenförderung ist, beabsichtigt, wie die „Vol. Sta.“ aus Köln erfährt, die Bergbauindustrie im Einvernehmen mit der Regierung demnächst eine neue Erhöhung der Kohlenpreise und die Benutzung des aus dieser Erhöhung fließenden Ertrages zum Bau von Wohnungen für 60 000 Bergarbeiterfamilien. Man hofft dadurch die genügende Zahl Bergarbeiter zu gewinnen.

### Blutjustiz in Ungarn.

Die mit den ungarischen Kommunisten sympathisierende Presse der U. S. F. behauptet, die Meldungen über die Hinrichtungen in Ungarn seien „hebräische Lügen“. Sie führt sich dabei auf den „Weiter Lloyd“, nach dem insoweit nur elf Todesurteile gefällt, aber nicht vollzogen worden seien, nachdem die ungarische Sozialregierung offenbar eingesehen hätte, daß sie sich an den Grundgesetzen des Sozialismus schwer verstoßen hat, als sie gegen politische Gegner die Todesstrafe verhängte.

Der „Weiter Lloyd“ ist das deutschsprachige amtliche Organ der ungarischen Regierung. Darin hand allerdings nichts von den Hinrichtungen; offenbar wollte man verhindern, daß das Ausland davon erfahre. Die ungarische Regierung beabsichtigt sich darauf, die Verurteilung der Gegenrevolutionäre nur dem ungarischen Publikum bekanntzugeben und das geschah durch das Blatt „Vörös Újság“. Dieses berichtet in den Nummern vom 26., 27. und 28. Juni sehr ausführlich über die Arbeit des Budapest Revolutionsgerichts, das am 26. achtundvierzig, am 27. aber drei- undfünfzig Personen abgeurteilt hatte. Mit fetten Buchstaben berichtet „Vörös Újság“ am 26. über die Hinrichtung des Gegenrevolutionärs Geza Bercegy, am 28. über drei Todesurteile, die gegen die Offiziere Josef Grassi, Stefan Kij und Gadihlau Szabo gefällt wurden. In derselben Nummer des Blattes schließt außerdem eine Regierungserklärung, wonach die Todesurteile des Revolutionsgerichts sofort zu vollziehen sind und gegen diese Urteile eine Berufung nicht eingelegt werden kann. Die nächste Nummer des amtlichen Organes der Budapest Revolutionsregierung berichtet weiter über die Tätigkeit der Revolutionsgerichte. Es wird mitgeteilt, daß in Kerpest, in der Fabrikstadt von Budapest, wo die Arbeiter der Mautnerischen Lederfabrik gemuert hatten, vier der Gegenrevolutionäre in einem Auto gefangen genommen wurden und sofort erschossen worden sind. „Vörös Újság“ hielt auch mit den Namen es sind der Student Dávid, ein anderer Student namens Kuprecht, der Beamte Dezso und der Chauffeur Szász genannt. Am selben Tage wurden

### Die Entente verzögert die Ratifizierung.

In der „Frankf. Sta.“ äußert sich ein Fachmann über die Wohnungsfrage wie folgt: Zweifellos ist der Wohnungsmangel zurzeit das Hauptübel im Ruhrgebiet, weshalb mit allen Mitteln Abhilfe geschaffen werden muß. Es fragt sich aber, ob die geforderten 50 000 Wohnungen auch nur annähernd unseren Bedürfnissen entsprechen. Nehmen wir als erschöpfende Jahresleistung des Ruhrgebietes 165 Millionen Tonnen an, dann wären etwa 750 000 Arbeiter erforderlich, was fast einer Verdoppelung des Friedensbestandes gleichkäme. Arbeiterwohnungen können nur allmählich durch großzügige Siedlungspläne, die sich weitgehend der Holznotbauten zu bedienen hätte, geschaffen werden. Für die Übergangszeit sind andere Wege zu gehen. Das Vorkriegsregime, so unerfreulich es an sich ist, wird wieder größeren Umfang annehmen. Um hier fernerhand zu helfen, wäre es wohl möglich, in vielen Industriegebieten einzelne Werkstätten ganz zu schließen und die Kinder für Monat mit ihren Lehrern anderweitig in ländlichen Gegenden unterzubringen. Nicht mehr benutzte Uebungsplätze, Kasernen, Kasernen in kleinen Städten, ehemalige Offiziersgefängnisse, wie im Speffart, Garz, an der Weser usw., wären geeignete Aufenthaltsorte. Veränderte Lebensführung in gesunder Gegend ist den Kindern der Industriegebiete zur Wiederherstellung nach der Hungerzeit der Blockade sehr dienlich. So gewinnen wir für die erforderlichen Arbeitskräfte Rotquartiere in den Schulräumen und in den Familien, die ihre Kinder vorübergehend zu ihrem eigenen Wohl ins Land gegeben haben.

Bergwerksdirektor S.

Wie weit sich heute Werkbesitzer, Groß- und Kleinhandel die Finger vergolden, ist bei dem Mangel an statistischen Unterlagen für die letzten 18 Monate nur sehr schwer festzustellen. Man bekommt aber eine Ahnung von dem Segen, der über die Werkbesitzer und die Braunkohlenhändler niedergeht, wenn man die Entwicklung der Braunkohlenindustrie etwas zurückverfolgt. Im Jahre 1908 betrug nach der Statistik des D. N. der Durchschnittswert einer Tonne Braunkohle 2,68 Mk. Der Förderanteil eines jeden Arbeiters betrug 855 Tonnen, oder annähernd 3 Tonnen täglich. Dafür erhielt der Bergmann 1005 Mk. Lohn, macht pro Tag 325 Mk., pro Tonne also etwa 1,20 Mk. Durch die Einführung der Waggemaschinen in den Tagebauen stieg die Förderleistung absolut und pro Kopf im Braunkohlenbergbau ungeheuer. Um den Markt zu erobern und die Steinkohle zu verdrängen, mußte man mit dem Preis soweit wie möglich herabgehen. Im Jahre 1915, also im weitesten Kriegsjahre, betrug dem auch der Durchschnittswert einer Tonne Braunkohle nur 2,28 Mk. Der Förderanteil eines jeden im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiters aber betrug 2221 Tonnen oder 7,4 Tonnen pro Tag. Das ist mehr als eine Verdoppelung des Leistungsergebnisses. Ein Lohn erhielt er pro Tag 4,27 Mk., pro Tonne also knapp 60 Pfg., gegen 1,20 Mk. im Jahre 1908! Inzwischen hat bei dem Mangel an Steinkohle die Braunkohle eine Monopolstellung erlangt, die für einen Apothekerspreis sicher zugunsten der Werkbesitzer und des Handels. Um es vorweg zu sagen: Die Arbeiterlöhne sind an den hohen Braunkohlenpreisen ganz unzulässig. Im 3. Quartal 1918 betragen die Häuerlöhne 8,68 Mk.; im 4. Quartal 1918 10 Mk.; seit 1. Mai 1919 haben sie auf 13,60 Mk. Allerdings ist die Kopfleistung stark zurückgegangen, denn die Belegschaft wurde außerordentlich stark vermehrt durch ungelernete Arbeiter, von denen schätzungsweise mit Abraumarbeiten beschäftigt werden. Gätten die 90 000 Arbeiter, die jetzt im Braunkohlenbergbau beschäftigt werden noch die gleiche Förderleistung wie 1915, so müßte die Jahresförderung rund 200 Millionen Tonnen betragen und wir wären aller Kohlenmüde so ziemlich entpöten. Tatsächlich aber betrug die Förderleistung im ersten vier Monaten dieses Jahres nur 12 Millionen Tonnen, das ergibt, wenn keine Änderungen eintreten, eine Jahresförderung für 1919 von 84 Millionen Tonnen. Die Förderleistung pro Kopf der Belegschaft ist also auf etwa 20 Tonnen oder pro Tag auf 3,1 Tonnen zurückgegangen, weil eben ungezählte Tausende nicht der Kohlenbergbau, sondern bei Aufbereitungsarbeiten beschäftigt werden. Das Resultat wird sich aber sehr rasch bessern, da immer mehr Arbeiter unmittelbar in der Kohlenbergbau beschäftigt werden können. Vergleichen wir Tageslohn und Lohn, so finden wir, daß auf jede Tonne Braunkohle heute 4,10 Mk. Lohn kommen. Dieser Löhne ist die wachsenden Unkosten, die die Abraumarbeiten verursachen, ruft als Gesehenskosten gelten. Zahlte nun das Publikum bis 4,20 Mk. für den Zentner Braunkohle, so steden in diesem Preis nur 22 Pfa. Arbeitslohn.

In welche Taschen fließt aber die Differenz zwischen Gesehenskosten und Kleinhandelspreis? Neben dem Arbeitslohn gibt es zwar noch sonstige Gesehenskosten, gewiß. Rechtfertigen diese aber die hohen Preise? Sehen wir zu: 1915 wurde die Tonne Braunkohle mit 2,28 Mk. in die Statistik eingeschätzt; davon sind 30 Pfa. Lohnanteil abzuziehen. Bleiben 1,68 Mk. Nehmen wir an, die Werkbesitzer hätten damals Engel gewesen und hätten „monatlich“ Gesehenskosten gemessen. Nehmen wir nach gerechterweise an, diese sonstigen Gesehenskosten hätten sich letztem um 30 Prozent erhöht. Bei dem Lohnanteil pro Tonne mit 4,10 Mk. hätten wir dann noch 5,04 Mk. sonstige Gesehenskosten hinzuzurechnen, so kämen wir auf 9,44 Mk. Gesehenskosten, so kämen wir aber sicher ganz erheblich überschätzen. Die gegenwärtige Jahresproduktion von 84 Millionen Tonnen repräsentiert also 798 Millionen Mark Lohn und sonstige Gesehenskosten. Würden wir gar für die gesamte Braunkohlenförderung die

Verfallens, 29. Juli, (W. L. S.) Vor dem Kriegsausbruch der Kammer erließen getrenn Nutzenminister Wilson und Jules Cambon und dem konfliktierenden Juristen des Ministeriums Pro-

Weshalb denn die Mehrzahl des deutschen Volkes etwas von diesen Dingen. Nein. Wie wir vier Jahre lang belagert wurden mit Gift der famosen Zensur, so dürfte das deutsche Volk auch darüber nicht die Wahrheit erfahren. Aber wie würden wir nicht Deutsche über ein feindliches Volk reden und denken, dessen Geere uns selches angetan hätten? Würden wir nicht hoffen und wünschen, und können wir von denen jenseits der Grenzen etwas anderes erwarten? Ein französischer Sozialist sagte in der französischen Kammer: „Als bin ich für die Arbeiterverkündigung gewesen und bin es auch heute noch, aber ich müßte ein schlechter Franzose sein, wenn ich angeht dessen, was ich in der Presse gesehen und gehört habe.“

Professor Gorter schreibt: „Der minimale Preis, der uns aus jener Zwangsarbeit entbrang, ist durch die politischen Folgen der französischen Verkündigung taufendfach überhöht.“ Wer wollte das heute bestritten? Dabei überließen sich die einführenden französischen Mädchen und Frauen ausnahmslos laßend über den deutschen Soldaten. Unter hundert von Ausländern der Entführten keine einzige Frau, nur Anerkennung. Sie waren gut, schenken unseren Kindern immer aus ihren Taschen, sie gaben Brot für sie, sie hatten uns unter Geduld fragen.“ Das ist eine Ehrenrettung des deutschen Musikleiters gegenüber dem Fluge der deutschen Kriegsführung. Je höher aber hinauf in die militärischen Chargen, desto erbitterter wurde das Urteil: „Lieber zehn Soldaten als einen Unteroffizier; lieber zwei Unteroffiziere als einen Offizier.“ zu öffnen über seine Kriegsherrn, denen es blüht. Es ist notwendig, dem deutschen Volk die Augen zu öffnen, daß über deren Kriegsführung, damit es den diesen Fall unserer Gegner verstehen und begreifen und die richtige Sprache finden lernt im nun anzuhaltenden Versteher von Volk zu Volk. Und nun das Merkwürdige an dieser weltgeschichtlichen Tragödie: Diese alle Menschlichkeit und alle







Unter anderem auch mit der Kaffe-Produktion, aber auch mit den unruhigen Arbeitsverhältnissen in Deutschland.

Keine Sozialisierung in England. London, 30. Juli. Times berichtet, dass die Regierung sich tatsächlich gegen die Verstaatlichung der Kohlenindustrie ausgesprochen habe.

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden. Stockholm, 30. Juli. Bei den Wahlen zur ersten Kammer des schwedischen Reichstages wurden gewählt 49 gegen 10 Mehrheitssozialisten.

Arbeitsverhältnisse in De Saura. De Saura, 30. Juli. (Genoa). Die Vereinigung der Arbeiter hat die Einstellung der Arbeit und die Durchführung der Arbeit verboten.

Der Liverpooler Streik beendet. Liverpool, 30. Juli. Wie Reuters von dem Tag meldet, ist der Streik im Liverpooler Hafen beendet.

Der bulgarische Friedensvertrag. Versailles, 30. Juli. (W. Z. B.). Der Oberste Rat der Alliierten ist vormittags zu einer Sitzung zusammengetreten, um über den bulgarischen Friedensvertrag zu verhandeln.

Die Kaufleute in Amerika. Chicago, 30. Juli. (Reuters). Bei den Ausschreitungen, die am 20. Juni in Chicago begannen, wurden ein Regier getötet und zwei verwundet.

Polales.

Parteiing.

Auf Grund der §§ 9 und 10 des Organisationsgesetzes beruft der Bezirksvorstand zu Genua, den 2. August, vorm. 11 Uhr, eine Parteikonferenz.

- Als vorläufige Tagesordnung haben wir folgende: 1. Die Parteioorganisation im Freistaat. 2. Schaffung eines Organisationsbüros.

Der Bezirksvorstand. F. A. W. B. Krüger.

Friz will Dollarföngig werden.

Der frühere Kronprinz äußerte einem amerikanischen Journalisten gegenüber, dass er sich in Amerika dem Finanzwesen widmen wolle.

Als hat der junge Koller gesprochen: Nun ist das Königwerden noch in den Knochen. Da nun die Preußen auf solche Ehre verzichten, will er sein Geschäft in Amerika verrichten.

Nun sind wir zwar alle dem Wilson böse - kann liegen die vierzehn Punkte noch im Gefolge, doch so stark kann selbst kein Deutscher hassen, um Friz auf die anderen loszulassen.

Indessen: man hemmt nicht junge Talente. Was geht es uns an, was er tut, wenn er könnte? Sagen wir uns, ihm Gutes zu wünschen, vor allem, das ihn die Yankee's nicht tanzen! Paulsen.

Die Zukunft der fürstlichen Kunstbauten.

Die in Berlin stattfindende Tagung der Denkmalspflege hat nach Vorträgen von Dr. Hübnert, dem Berater des Finanzministers, von Prof. Matowitsch, der die preussischen Aufgaben dieses Gebietes bespricht, und anderen Periodikerinnen aus den Einzelstaaten einflussreiche Entschlüsse gefasst.

Die Teilnehmer der erweiterten Tagung des Tages für Denkmalspflege treten dafür ein: 1. dass bei der Auseinandersetzung zwischen den fürstlichen Häusern und den Staaten die bislang im Besitz der Fürsten befindlichen Baudenkmäler, vor allem die Schlösser und sonstigen fürstlichen Wohnsitze, mit ihren Gartenanlagen, sowie die darin befindlichen künstlerisch bedeutungsvollen Ausstattungen, als Zeugnisse deutscher Kunst und Kulturentwicklung dauernd erhalten bleiben, und den Kunst- und Naturwissenschaften des Volkes zu fördern und die Volkserziehung nach allen Richtungen zu fördern; 2. dass nach Abgabe vorstehender Grundzüge die Denkmäler, die dem Staate aus fürstlichen

Dämmerkunde.

Der Tag will in die Nacht hinübergehen. In das Licht quillen erste graue Schatten hinein. Wo das Gassen eng und die Häuser hoch sind, überwiegt das Dunkel.

Die Dämmerung wirkt aber immer düster über Schiefer und nur noch ein dumpfes Rotleucht gelblich, als letztes Ueberbleibsel des verstrichenen Tages, auf der Gasse.

Sammer langsam voran.

Wissen Sie, wie lange Postkarten reisen müssen, um aus Mitteldeutschland nach Danzig zu gelangen? Wenn ich mich auf zwei Vertreter dieser Gattung verlassen kann, die vor mir liegen, so ungefähr ein Jahr, achtzigtausend über dreihundert Jahre.

Achtung! Die am Donnerstage bekanntgegebene Mitgliedsverzeichnisse des sozialdemokratischen Vereines findet erst am Freitag, den 1. August, abends 6 Uhr, in der Aula der Petrischule am Schiaplatz statt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die nach dem Throner und Danziger Vorberatern in dieser Woche in Berlin stattfanden, sind aus der Regierung fortgesetzt werden sollten, sind aus der nicht bekannten Gründen auf nächste Woche verschoben worden.

Ueber die militärische Räumung Westpreußens finden gegenwärtig beim Verbindungsstabes Ostwa des Oberkommandos Nord Verhandlungen statt, zu denen eine polnische Militär-Kommission von zehn Offizieren ein-

Verkehrsstreit-Erinnerungen.

Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ein Berliner Mitarbeiter: Eigentümlich war's gar nicht so schlimm. Man musste nur die Technik loshaben. Im Anfang machte man natürlich Dummheiten.

Nach Grunewald! Die noch Blondere ruckte die Bügel, wandte den Kopf und forderte mit beständigem Nachhaken das Dreifache der (sagungen) üblichen Taxe. Nach Grunewald! Es flana bereits bedeutend nach Grunewald.

Was ist man machen? Wir schreiben die Rechnung, die wir von der Gemischten Heimgewandung hat bekamen, auf das Konto „Unvorhergesehenen Ausgaben“ infolge des Verkehrsstreites.

Wohnungsfrage.

Der Reichsausschuss für die Wohnungsfrage hat am 29. Juli folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Wohnungsfrage ist eine der dringendsten Aufgaben der Regierung.

Die Einbringung der Grate. In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses kamen die Maßnahmen zur Verbesserung der Grate zur Sprache.

Mg. Höchstmenge von Butter auf den Kopf der Bevölkerung. Die Reichsstelle für Speisekarte hat mit Wirkung vom 1. August angeordnet, dass an Butter wöchentlich nicht mehr als 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben werden darf.

Ein Zeichen vom Kriegsende. Die im Wohnungsausschuss mitgeteilt wurde, lassen sich jetzt in Danzig viele neue auswärtige Firmen gerichtlich eintragen. Sie kommen aus Amerika, Holland, Dänemark, Norwegen, Polen und aus Königsherg.

Ursachen für heimkehrende Gefangene. Das Kriegsministerium hat folgende wichtige Verfügungen erlassen: Anträge bereits ohne Urlaub Entlassener, aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Gefangenener auf nachträgliche Gewährung eines Heimaturlaubs mit allen Gebührenden kann bis zur Dauer von 8 Wochen entprochen werden.

Wohnungsfrage.

Der Reichsausschuss für die Wohnungsfrage hat am 29. Juli folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Wohnungsfrage ist eine der dringendsten Aufgaben der Regierung.

Die Einbringung der Grate. In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses kamen die Maßnahmen zur Verbesserung der Grate zur Sprache.

Mg. Höchstmenge von Butter auf den Kopf der Bevölkerung. Die Reichsstelle für Speisekarte hat mit Wirkung vom 1. August angeordnet, dass an Butter wöchentlich nicht mehr als 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben werden darf.

Wohnungsfrage.

Der Reichsausschuss für die Wohnungsfrage hat am 29. Juli folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Wohnungsfrage ist eine der dringendsten Aufgaben der Regierung.

Die Einbringung der Grate. In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses kamen die Maßnahmen zur Verbesserung der Grate zur Sprache.

Mg. Höchstmenge von Butter auf den Kopf der Bevölkerung. Die Reichsstelle für Speisekarte hat mit Wirkung vom 1. August angeordnet, dass an Butter wöchentlich nicht mehr als 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben werden darf.

Ein Zeichen vom Kriegsende. Die im Wohnungsausschuss mitgeteilt wurde, lassen sich jetzt in Danzig viele neue auswärtige Firmen gerichtlich eintragen. Sie kommen aus Amerika, Holland, Dänemark, Norwegen, Polen und aus Königsherg.

Ursachen für heimkehrende Gefangene. Das Kriegsministerium hat folgende wichtige Verfügungen erlassen: Anträge bereits ohne Urlaub Entlassener, aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Gefangenener auf nachträgliche Gewährung eines Heimaturlaubs mit allen Gebührenden kann bis zur Dauer von 8 Wochen entprochen werden.

Wohnungsfrage.

Der Reichsausschuss für die Wohnungsfrage hat am 29. Juli folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Wohnungsfrage ist eine der dringendsten Aufgaben der Regierung.

Die Einbringung der Grate. In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses kamen die Maßnahmen zur Verbesserung der Grate zur Sprache.

Mg. Höchstmenge von Butter auf den Kopf der Bevölkerung. Die Reichsstelle für Speisekarte hat mit Wirkung vom 1. August angeordnet, dass an Butter wöchentlich nicht mehr als 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben werden darf.

Table with exchange rates for various currencies and goods, including gold, silver, and various types of flour and oil.

Zoppoter Stadttheater.

Die Kassiere, das einer hervorragenden Schauspielerin Gelegenheit gegeben wurde, sich in der Rolle der Maria zu präsentieren, recht herzlich willkommen die Aufführung eines klassischen Dramas in dieser Form.

Maria Frau in Kauf das Bild der unglücklichen Hingabe in unvergleichlicher Weise und über das hinaus, als was die Dichtung sie sein lässt; die Duldertin. Wenn auch Schiller in einem Brief an Goethe schreibt: „Meine Maria wird keine weiche Stimmung erregen...“ das Pathetische mehr eine allgemeine tiefe Führung als ein persönliches und individuelles Mitgefühl sein.

Der einzige der Form und Farbe in seine Gestaltung brachte, war Alfred Waller, der einen Norweger nach voll jugendlich schneidender Schwung, ritterlicher Treue und Hingebung und künstlerischer Glut; dabei hat er in künstlerischen Masken und Durchdringung. Durchaus sympathisch wirkten auch der Barletta (Paul Skolb) und der Talbot (Walter Leopold), wogegen Erich Ravelto's im Bestreben, seinen Vetter der Pathetik zu entziehen, in einem unklaren Salonkavalierentwurf, Weltas sowohl von der Schillerischen wie der historischen Effektivität war Gertrud Bura, der es vor allem an Größe mangelte. Denn zur Glaubhaftmachung all der inneren Feinheit, Brutalität und Heuchelei bedarf es ebenfals der Größe, denn für das Gegenteil. Ueberdies war Fräulein Bura keineswegs eine Frau im Stadium des ersten Alterns, sondern recht reifvoll aufgewachsen.

Die Besetzung einer Nebenrolle streifte oft empfindlich das Gebiet des Komischen. Auch der Alt-Danziger Stuhl, auf dem die Königin Elisabeth saß, hätte sich wohl vermeiden lassen W. O.

dann zu ihrer schlanken eleganten Begleiterin mit dem hochadeligen Namen so kennzeichnend und fröhlich sagte: „Da los doch, Hätow'n! Machen sie man dem alten Herrn 'n bißchen Platz!“ Aber der alte Herr verwehrt sich in leidenschaftlich vortotalem Tone gegen irgendwelche Unbequemlichkeiten der Mitfahrenden; und da, die Waise!...“ so sagen, seiner in kulturbehafteter, ihm seinen Platz mit Gewalt aufzuwingen, also das Gespräch ohne weiteres auf die Einkommensverhältnisse unseres Fuhrmannes und die Fortschritt über. Der Fuhrmann war übrigens von der besseren Sorte; er trug keine Kreuze mit eiferiger Geschäftigkeit und gutem Blick nach dem Aussehen seiner Fahrgäste ab und bot einem reichhaltigen Frühstück, das über den Groß-Berliner Mittelmittel wimmerte, bereitwillig einen Pflanzkübelchen bei seinem „Cheer“ an, allweil einer Wolferei befehle und ihr höchlich 3 bis 4 Liter der reifen...“ Mischung einlegen werde. „Warum denn auch jener etwas schmeckende junge Herr im grauen Anzuge, der vorhin die Abreise seines Plabes mit knappem Hinweis auf die Kriegsjahre abgelehnt hatte, sich nicht länger kumpen lassen wollte und den Anwesenden unter Preisgabe seiner Telefonnummer die Vermittlung einiger Pfund Butter zu relativ billigem Preise anbot. Was schließlich beim immer noch stehenden über den Ausführenden rollenden alten Herrn Plabes gab, mit seiner sanft feingewollten Stimme sämtliche Kremierinhalten an einem Tischchen Pflanzkübelchen mit süßlicher Ziegenmilch in seinen Garten einzuladen. Zum Ueberflus hieß er Gutermann und war Organist. Wir schrieben uns alle seine Adresse auf.

So geschahen in diesen heißen Zeiten in der schillerberühmten Stadt der Erde zwischen Zoo und Potsdamer Platz. Aber ich habe den Mann mit der Butter nicht angeknüpft und den Mann mit der Ziegenmilch nicht bejuchet. Wozu? Die Butter hätte vielleicht aus Margarine und der Ziegenmilch aus Erbsen bestanden. Sogar Ziegenmilch darf man auch nicht haben. Eine halbe Stunde Gemeinamkeit, eine halbe Stunde himmlische soziale Geselligkeit und Ausgleich, ein bißchen Menschlichkeit im Sommer 1919; — ist das nicht schon weit mehr als man jetzt erwarten kann? M. M. G.



